



# **Adliswilereien**

## **Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Sitzung vom Mittwoch, 10. März 2021**

**Von Wolfgang Liedtke**

Die erste Sitzung des Grossen Gemeinderates in diesem Jahr – die Sitzung im Februar war ausgefallen – fand in der Aula der Zurich International School statt. Der Wechsel von der Tüfihalle wurde durchgeführt, damit diese an den Sitzungstagen wieder ganz für den Sportbetrieb genutzt werden kann. Ein positiver Nebeneffekt des neuen Sitzungsortes war die deutlich bessere Akustik in diesem Raum. Von Nachteil war, dass die meisten Gemeinderäte nicht sehen können, wer auf der Tribüne sitzt, und umgekehrt die Zuschauer auf der Tribüne die meisten Gemeinderäte nicht sehen können.

#### **Mitteilungen**

Nach der Begrüssung durch die Schuldirektorin informierte der Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) über das positive Abschneiden der städtischen Webseiten bei einem Vergleich der Webauftritte der Gemeinden im Kanton Zürich. Stadträtin Susy Senn (FDP) gab bekannt, dass mit dem Kantonspolizisten Jérôme Koch ein neuer Polizeichef für Adliswil-Langnau gefunden worden sei.

Die SVP nutzte die Gelegenheit für eine Fraktionserklärung, in der sie den Stadtpräsidenten Farid Zeroual wegen seiner Beschwerde gegen den Grossen Gemeinderat beim Bezirksrat angriff und sein Verhalten als undemokratisch bezeichnete (die Titulierung als „Diktator“ wurde allerdings vermieden). Der Stadtpräsident legte in einer Antwort die Beweggründe für sein Handeln dar und bemängelte, dass er über die Medienmitteilung des Büros des Grossen Gemeinderates nicht vorab informiert worden ist.

#### **Fragestunde**

Finanzielle Situation in Adliswil und Missachtung des Volkswillens – Wegfall von Gebührenpflichtigen Parkplätzen – Winterdienst durch die Werkbetriebe – Rückschnitt von Sträuchern und Hecken – Corona-Teststrategie - Baurechtsvergabe

Nach dem Schlagabtausch zwischen SVP und Stadtpräsident startete die Fragestunde mit einer provokanten Frage von Hanspeter Clesle (EVP). Er erkundigte sich nach der Einschätzung der finanziellen Situation der Stadt und wollte wissen, ob eine Streichung des Artikels 4 der neuen Gemeindeordnung (das Verbot des Verkaufs von städtischen Grundstücken) die finanzielle Situation nicht verbessern könnte. Die Frage nach der Streichung des Verkaufsverbots für städtische Grundstücke, welches in einer Abstimmung im Februar 2020 vom Adliswiler Stimmvolk angenommen wurde, gehört zu einer Serie von Versuchen Clesles, den Willen der Bevölkerung zu missachten und das Verkaufsverbot wieder rückgängig zu machen.

Stadträtin Karin Fein wies in ihrer Antwort darauf hin, dass wichtigste Ursache für den Rückgang der Steuereinnahmen 2020 in geringeren Steuerzahlungen durch einen grossen juristischen Steuerzahler sowie das Ausbleiben von erwarteten Steuerausscheidungen sei. Sie stellte klar, dass der Haushalt in erster Linie durch Steuereinnahmen und nicht durch Grundstücksverkäufe zu finanzieren sei.

Angelika Sulser (SP) erkundigte sich, warum die gebührenpflichtigen Parkplätze in der Tiefackerstrasse in Parkplätze der blauen Zone umgewandelt wurden. Susy Senn legte in ihrer Antwort dar, dass die gebührenpflichtigen Parkplätze kaum genutzt worden seien. Deshalb habe man entschieden, auf die notwendig gewordene Investition in neue Parkuren zu verzichten.

Daniel Schneider (Grüne) wollte wissen, ob der Stadtrat sich vorstellen könne, die neue 30-Kilometer-Zone durch Leimbach-Mittelleimbach auf Adliswiler Seite (Leimbach- und Zelig-

strasse) zu verlängern. Für den Stadtrat entgegnete Carmen Marty Fässler (SP), dass der Grosse Gemeinderat bei der Einführung der Verkehrsberuhigung im Quartier Zopf-Rellsten-Oberleimbach entschieden habe, die Sammelstrassen – auch mit Rücksicht auf den Busverkehr – nicht zu beruhigen.

Xhelajdin Etemi (SP) bedankte sich für die guten Schneeräumungen durch die Werkbetriebe im Februar und erkundigte sich, warum abgebrochene Äste, welche teilweise eine Behinderung darstellten, erst sehr spät beseitigt wurden. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte die Prioritätenliste, nach der die stark geforderten Werkbetriebe über einen Zeitraum von vier Wochen die durch das ungewöhnliche Winterwetter verursachten Behinderungen und Schäden beseitigten. Sie informierte darüber, dass auch fünf externe Baumpfleger hinzugezogen wurden, um Äste zu entfernen bzw. beschädigte Bäume zu beschneiden oder zu fällen.

Marianne Oswald (Grüne) bemängelte den radikalen Rückschnitt vieler Sträucher und Hecken in Adliswil, der beim Nachwachsen nur einige Pflanzen begünstige und damit abträglich für die Artenvielfalt sei. Sie fragte, ob solche Rückschnitte nicht mit dem AWEL abgestimmt werden könnten. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) informierte darüber, dass die meisten Rückschnitte im Gemeindegebiet von Adliswil durch die SZU vorgenommen würden. Dies geschehe in einem Rhythmus von sechs Jahren, um die Betriebssicherheit der Sihltalbahn zu gewährleisten. Die Stadt Adliswil habe hauptsächlich im Bereich der nördlichen Zürichstrasse wegen der dort anstehenden Bauarbeiten Pflanzen zurückgeschnitten. Abstimmungen mit diversen Stellen wie beispielsweise dem AWEL finden nach Möglichkeit statt, jedoch liessen sich Sicherheitsschläge häufig schlecht abstimmen.

Daniel Schneider (Grüne) wollte wissen, ob nicht eine Corona-Teststrategie in Schulen, Verwaltung und möglicherweise auch für alle Bewohner Adliswils sinnvoll wäre. Stadträtin Susy Senn (FDP) vertrat die Meinung, dass eine Durchführung von regelmässigen Tests sinnvoll, eine Durchführung auf Gemeindeebene aber nicht zweckmässig sei. Zuständig sei der Kanton. Sie erinnerte an die diversen Testmöglichkeiten in Spitälern, Arztpraxen und in der Apotheke Morgenthal in Wollishofen. Sie bemängelte den schleppenden Fortgang der Impfungen im Kanton Zürich und erklärte, dass das Impfzentrum in Horgen startbereit sei.

Aufgrund der provokanten Frage von Hanspeter Clesle zu Beginn der Fragestunde nutzte Wolfgang Liedtke (SP) die Möglichkeit zu mündlichen Fragen und erkundigte sich beim Stadtrat, ob er die von Fachleuten vertretene Ansicht teile, dass eine Baurechtsvergabe mit einem Baurechtszins von einem Prozent oder mehr auf längere Sicht mehr Einnahmen generiert als ein Grundstücksverkauf, zumal sich am Ende des Baurechtsvertrags das Grundstück immer noch im Eigentum des Baurechtsgebers befindet. Der Stadtrat beanspruchte das Recht, diese mündlich gestellte Frage erst in der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten.

## **Einbürgerungen**

Es wurden acht Einbürgerungsanträge genehmigt. Leider fiel wegen der Corona-Pandemie der anschliessende Apéro mit der Möglichkeit des Gesprächs mit den Eingebürgerten aus.

## **Ersatzwahl für die Einbürgerungskommission**

Für die Ende 2020 aus dem Gemeinderat ausgeschiedene Anke Würli (CVP) wurde das neue Gemeinderatsmitglied Florian Kälin (Ebenfalls CVP) in die Einbürgerungskommission gewählt.

## **Kreditantrag für Musikschulhaus**

Ein bisher als Kindergarten genutztes Gebäude an der Kilchbergstrasse 9 soll für 3 Mio. Franken in ein Musikschulhaus umgebaut werden. Der Stadtrat beantragte dafür einen Kredit von CHF 1'310'000, beim Rest handelt es sich um gebundene Ausgaben. Für die RPK nahm Walter Übersax (CVP) Stellung und zeigt sich erstaunt über den

hohen Anteil an gebundenen Kosten. Insgesamt bewertete die RPK dieses Projekt jedoch positiv.

Erwin Lauper (SVP) bemängelte, dass der Kreditantrag zu einer Zeit käme, in der die öffentlichen Kassen durch die Corona-Pandemie belastet seien. Er kritisierte ausserdem die Investitionen in ein altes Gebäude und plädierte für einen Neubau zu einem günstigeren Zeitpunkt. Die SVP hatte in der Vergangenheit häufiger für den Abriss von identitätsstiftenden Gebäuden in Adliswil - wie beispielsweise die Zürichstrasse 1 bis 3 – plädiert, blieb diesmal aber mit diesem Vorschlag allein. Bernie Corrodi (FW) erläuterte die Geschichte des ehemaligen Gebetshauses, würdigte die Architektur und zeigte auf, dass dieses Gebäude wegen seiner Lage direkt neben der Kronenwiese für die neue Aufgabe ideal sei. Esen Yilmaz (SP) betonte in seinem Votum den dringenden Bedarf an Räumen für die Musikschule und rief in Erinnerung, dass die Musikschulgebühren es nicht allen Eltern erlauben, ihren Kindern Instrumentalunterricht zu finanzieren.

*„Mit grosser Freude konnte ich im Team mit Bernie Corrodi /FW und Walter Übersax/CVP das Projekt für das neue Musikschulhaus, als Mitglied der RPK prüfen. Die Stadtverwaltung ist von der bereits seit langem bevorstehenden Sanierung für das Gebäude ausgegangen, und hat sich diverse Gedanken für eine anschliessende sinnvolle Nutzung gemacht. Ohnehin fallen die grössten Kosten für den Erhalt des Gebäudes und die sinnvolle Nutzung als «gebundene» an. Der Entschluss des Stadtrates und der Beteiligten, sich für ein Musikschulhaus auszusprechen, ist sehr lobenswert und bringt unserer Stadt nicht nur eine gute Reputation und viel Freude, sondern deckt endlich den Bedarf einer notwendigen Raumknappheit!*

*Zurzeit werden an 25 unterschiedlichen Schulstandorten, insgesamt 530 MusikschülerInnen unterrichtet. Jedoch erschwert die unterschiedliche Raumnutzung die Verfügbarkeit erheblich und führt oft zu Notlösungen. Die Grösse und das Alter des Gebäudes lassen die Kosten schnell steigen. Obwohl keine bemerkenswerten Extras eingebunden sind, fallen für das Projekt. Fr. 3 Mio. an! Davon sind Fr. 1,69 Mio. «gebunden» und Fr. 1,31 Mio. als «nicht gebunden» kalkuliert.*

*Der Stadtrat stellt für das Projekt einen Kreditantrag zugunsten eines Musikschulhauses von Fr. 1,31 Mio., welches als Haus der Kultur und der Musik genutzt werden und für viele Generationen ein positives Licht auf die EinwohnerInnen Adliswils werfen wird. Auch wenn die Notwendigkeit eines solchen Projektes unbestritten ist und wir versuchen müssen, unseren Kindern mit Musik eine gesunde Seele zu geben, fallen mir trotzdem die hohen Unterrichtskosten der Musikschule für die einzelnen Schüler auf! Wenn wir von durchschnittlich Fr. 50.00 pro Musikstunde à 50 Minuten ausgehen, so bleibt der Instrumentalunterricht nur wenigen gewährt. Denn der verrechnete Tarif der Schule Adliswil, liegt im Vergleich zur Stadt Zürich an der obersten Grenze. Vielleicht kann die Schule Adliswil die Kostenkalkulation nochmals überdenken und den Zugang nicht nur für einige Wenige, sondern für Viele möglich machen!*

*Die SP-Fraktion ist sich einig, dass dieses Projekt umsichtig geplant wurde und das Musikschulhaus sehr wertvoll für die Stadtbevölkerung ist und beantragt daher einstimmig die Annahme und folgt dem Antrag des Stadtrates.“*

Daniel Schneider signalisierte die Zustimmung der Grünen und Daniel Frei (FW) würdigte das Projekt trotz seiner eigenen musikalischen Nichtbegabung, wie er betonte.

Schulpräsident Markus Bürgi (FDP) hob nochmals den Bedarf an Unterrichtsräumen hervor, finde doch der Unterricht an Instrumenten teilweise in Kellern und nicht schallisolierten Klassenzimmern statt. Auf die Bemerkungen von Esen Yilmaz über die hohen Musikschulgebühren erwiderte er, dass die Stadt die Unterrichtsgebühren zu mehr als 50 Prozent subventioniere. Stadträtin Karin Fein (FW) erklärte, dass der grosse Anteil an gebundenen Kosten damit zu erklären ist, dass es sich um die Sanierung eines bestehenden Gebäudes wie auch um die Erfüllung einer städtischen Aufgabe handele. Der Kreditantrag wurde bei drei Enthaltungen von SVP-Gemeinderäten einstimmig gebilligt.

Bei den nächsten beiden Traktanden ging es um die Zustimmung zu den Abstimmungsempfehlungen für die Totalrevision der Statuten des Zweckverbandes für

Abfallverwertung im Bezirk Horgen und für den Zweckverband ARA Sihltal. Es gab keine Debatte und die Abstimmungen ergaben einstimmige Zustimmungen ohne Enthaltungen.

### **Verbesserung der Buslinien 151 und 153**

Die Freien Wähler hatten zwei Motionen eingereicht, mit denen sie forderten, die Buslinie 151 auf dem Rückweg von Mittelleimbach über die Feldblumenstrasse zu führen und durch eine neue Streckenführung der Linie 153 das Quartier Sonnenberg zu erschliessen. Ausserdem sollte der Einsatz von Rufbussen untersucht werden. In einem engagierten Votum schilderte Erstmotionär Bernie Corrodie die Notwendigkeit des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs in den Quartieren am Albishang, vor allem um die Mobilität von jungen Familien mit Kinderwagen oder von älteren Mitbürgern zu verbessern. Wenn man wolle, dass Menschen im Alter länger in den eigenen vier Wänden wohnen, dann müsse man auch das Angebot des öffentlichen Verkehrs verbessern.

Keith Wyss (SVP) verwies in seinem Votum darauf, dass der ehemalige Stadtrat Patrick Stutz (SVP) sich für die Buslinie im Quartier Sonnenberg eingesetzt hatte. Er bemängelte, dass der Zeitpunkt für einen solchen Vorstoss schlecht sei. Mario Senn (FDP) erweiterte die Voten der Gegner vor allem mit den bekannten Kostenargumenten, die bei jeder Initiative für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs von FDP-Vertretern heruntergebetet werden: der tiefe Selbstfinanzierungsgrad des öffentlichen Verkehrs mit ca. 31 Prozent, der ausreichenden Erschliessung der Quartiere gemäss ZVV und vieles mehr. Auf das Argument der Mobilität von älteren Mitbürgern verwies Marion Senn auf die Eigenverantwortung. Wer nicht mehr ausreichend mobil sei, müsse halt in einer Alterswohnung in Zentrumsnähe wohnen.

Für die SP-Fraktion unterstützte Wolfgang Liedtke die beiden Motionen mit dem folgenden Votum:

*«Vor zehn Monaten wurde hier im Grossen Gemeinderat ein Postulat von mir behandelt, in dem ich unter anderem den Einsatz von Rufbussen in Randzeiten anregte. In seiner Antwort hatte der Stadtrat geltend gemacht, dass er ein Angebot von Rufbussen nicht als Aufgabe der öffentlichen Hand sieht.*

*Liest man die Antwort des Stadtrates auf die Motion der Freien Wähler, so muss man feststellen, dass die Ablehnung nicht mehr so absolut ist wie vor einigen Monaten und erste Ansätze eines Umdenkens erkennbar werden.*

*So informiert der Stadtrat darüber, dass er sich mit der SZU in einen Austausch zum Thema Rufbusse befinde. Weiterhin kann sich der Stadtrat vorstellen, Erfahrungswerte zum Einsatz von Rufbussen bei anderen Gemeinden einzuholen. Schliesslich stellt er sogar eine Prüfung des Einsatzes von Rufbussen im Rahmen des neuen Buskonzepts der SZU 2024 oder 2025 in Aussicht.*

*Zugestanden, es handelt sich erst einmal um vage Zusagen, die sich auch leicht wieder zurücknehmen lassen. Aber wir konnten ja auch kaum erwarten, dass in der jetzigen ungewissen Finanzlage der öffentlichen Kassen, der finanziellen Einbussen beim ZVV und angesichts der momentan rückläufigen Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln (das sind ca. 25% beim ZVV) die Motion freudig entgegengenommen wird.*

*Es wäre aber falsch, in dieser Situation alle Initiativen zur Verbesserung des Angebots des öffentlichen Verkehrs zu beenden oder möglicherweise sogar das Angebot zu verringern. Man muss vielmehr antizyklisch reagieren und das Angebot mindestens unangetastet lassen, vorzugsweise aber weiter verbessern, um die abtrünnig gewordenen Nutzer des öffentlichen Verkehrs wieder zurückzugewinnen. Viele davon sind in den letzten 12 Monaten auf E-Bikes oder aufs eigene Auto umgestiegen. Der Umstieg auf E-Bikes ist sicherlich zu unterstützen. Aber diejenigen, welche aufs Auto umgestiegen sind, müssen unbedingt zurückgewonnen werden. Wir wollen deshalb hoffen, dass die SZU an den Plänen zur Steigerung ihrer Zugfrequenzen bei der S4 ab 2028 festhält.*

*Der Zug für Verbesserungen für 2022 und 2023 ist abgefahren, aber der Stadtrat sollte jetzt innovativ denken und die Möglichkeit wahrnehmen, die Weichen für die Zeit ab 2024/2025 zu stellen. Es wäre wichtig zu wissen, was genau eine Veränderung der Linienführung des Busses 151 an Investitions- und Betriebskosten für Adliswil verursachen würde, und zwar für den Fall, dass der ZVV einen Teil der Kosten trägt, wie auch für den Fall der alleinigen*

*Finanzierung durch Adliswil. Ebenso sollten wir – auf Basis von Erfahrungen aus anderen Gemeinden – uns vom Stadtrat die Betriebskosten für Ruftaxis vorrechnen lassen. Damit hätten wir in einigen Monaten eine Grundlage, um Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Die SP-Fraktion wird für die Überweisung der Motion stimmen.*

*Und nun zur Buslinie 153: Im Sommer 2016 reichte die Quartier-Bevölkerung Sonnenberg eine Petition ein, in der sie eine bessere Erschliessung ihres Quartiers über das Ortsbusnetz forderte. Auf eine Interpellation von Mario Senn, Markus Bürgi und Hanspeter Clesle antwortete der Stadtrat damals, dass er im Gegensatz zur Einschätzung des ZVV das Sonnenbergquartier nicht als ausreichend erschlossen ansah und dass er eine Verlängerung der Linie 153 über die Sonnenbergstrasse unterstütze. Es wurden Probefahrten mit SZU-Bussen durchgeführt und vom Stadtrat ein Begehren in der Sitzung der Regionalen Verkehrskonferenz im November 2016 eingebracht.*

*Das Anliegen einer besseren Anbindung des Quartiers Sonnenberg durch den öffentlichen Verkehr ist also nicht neu – es gab sogar bereits 2007 von Davide Loss zwei Vorstösse dazu. Umso bedauernswerter ist es, dass den Quartierbewohnern bis heute keine positive Perspektive geboten werden konnte. Und umso erstaunlicher ist es, dass wir heute eine viel negativere Reaktion des Stadtrates zur Kenntnis nehmen müssen als 2016.*

*In der Vergangenheit mussten bei der Einführung von Buslinien in Adliswil immer erst Vorbehalte – vor allem finanzielle – beseitigt werden. Das war bei der ersten Adliswiler Buslinie so, welche die SP in den achtziger Jahren durchgesetzt hatte, und das war zuletzt auch bei der Linie nach Thalwil der Fall, welche die SP in einem Vorstoss gefordert hatte. Ich bin überzeugt davon, dass Adliswil auf mittelfristige Sicht den ZVV von der Notwendigkeit der Angebotsverbesserung für das Quartier Sonnenberg überzeugen wird.*

*Die SP-Fraktion unterstützt die Überweisung der Motion.»*

Gabriel Mäder (GLP) stellte klar, dass die Quartiere am Albishang, insbesondere Sonnenberg, schlecht erschlossen seien und dass ein besseres Angebot des öffentlichen Verkehrs - auch mit Rufbussen - keine Konkurrenz zu Taxis darstelle, weil es sich nicht um eine Punkt-zu-Punkt-Beförderung handele. Es sei deshalb nicht wirtschaftsschädigend. Angela Broggini (Grüne) erinnerte daran, dass mit den Motionen Bedürfnisse aus der Bevölkerung eingebracht worden seien.

Mario Senn (FDP) ergriff nochmals das Wort und erinnerte die Gemeinderäte daran, dass der Stadtrat nach einer Überweisung der Motionen Kreditanträge ausarbeiten müsse, und prognostizierte kalte Füsse bei den meisten Gemeinderäten. Daniel Frei (FW) und Bernie Corrodie (FW) verteidigten die Motionen und plädierten dafür, vom Stadtrat die Kosten ermitteln zu lassen. Wolfgang Liedtke (SP) erwiderte auf Mario Senn, dass seines Wissens das Abkühlen der Füsse gesund für den Kreislauf sei, und appellierte an alle Gemeinderäte, sich darauf einzulassen und sich die Kreditanträge vorlegen zu lassen.

Die Motion zur Buslinie 151 wurde mit 18 Stimmen gegen 16 Stimmen der FDP und SVP überwiesen.

Zur Motion über die Buslinie 153 (Sonnenberg) ergriff nur noch Marion Senn (FDP) das Wort, weil sowohl die Motionäre als auch die anderen Votanten diese Motion bereits behandelt hatten. Senn wiederholte die bekannten finanziellen Argumente einmal mehr und schlug vor, Adliswil in «subventionsberechtigtes Berggebiet umteilen zu lassen», um die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Quartier Sonnenberg finanzieren zu können. Sein Zynismus überzeugte jedoch nicht, die Abstimmung zur Motion über die Buslinie 153 wurde ebenfalls mit 18 Stimmen gegen 16 Stimmen der FDP und SVP überwiesen.

## **Aufwertung des Adliswiler Zentrums**

Als Unterzeichner des Postulats «Adliswiler Zentrum aufwerten» stellte Walter Übersax (CVP) die Beweggründe der Postulanten vor. Ihnen geht es darum, bei dem anstehenden Rückbau der Albisstrasse nach Fertigstellung des Busbahnhofs das Ortsbild zu verbessern. Er stellte klar, dass die Idee der Postulanten nicht sei, eine – wie der Stadtrat offenbar vermute - Temp-30-Zone einzuführen. Erwin Lauper (SVP) liess eine wahre Kropfleerete los und schimpfte über den erneuten Versuch einer «Behinderung des motorisierten Individualverkehrs», den die «Mitte» und die Linken zu verantworten hätten. Wolfgang Liedtke (SP) unterstützte als ein

Mitunterzeichner das Postulat und setzte sich in seinem Votum auch für eine Temporeduktion auf der Albisstrasse ein:

*«Das Adliswiler Ortszentrum lädt nicht zum Verweilen ein. Dies wurde bei den Umfragen der SP häufig beklagt und hat mannigfache Gründe. Einer davon ist die stark befahrende Albisstrasse. Sicher, der Verkehr ist zu einem grossen Teil von Adliswilern selbst verursacht, führen doch zu viele Wege, die mit dem Auto in Adliswil zurückgelegt werden, mangels Alternativen über die Albisstrasse. Vor einem Jahrzehnt hatte man sich eine starke Reduktion des Verkehrs auf der Achse Zürichstrasse-Albisstrasse durch die Fertigstellung der A4 im Säuliamt erhofft. Dieser Effekt war aber geringer als erwartet.*

*Das Postulat von Martin Rüttimann, Anke Würli, Walter Übersax und Simon Schanz bittet um Prüfung von Massnahmen nach der Aufhebung der provisorischen Bushaltestellen an der Albisstrasse, die geeignet sind das Ortszentrum aufzuwerten. Der Zeitpunkt ist günstig, könnten doch nach Fertigstellung der Tiefgarage unter dem Busbahnhof Parkplätze an der Albisstrasse entfallen und so Raum für andere Verkehrsteilnehmer oder für eine ansprechendere Gestaltung des öffentlichen Raums freierwerden. Allgemein ist im Postulat von verkehrslenkenden Änderungen die Rede. Wie wir in der letzten Sitzung gehört haben, wird zurzeit ein Fussgänger- und Velokonzept erstellt. In der Albisstrasse könnte man die Gelegenheit beim Zopf packen und den Strassenraum für den Langsamverkehr optimieren. Die Formulierung in der Stellungnahme des Stadtrates, dass es sich um eine Kantonsstrasse handele, sollte keinesfalls zur Annahme verleiten, dem Stadtrat seien für Verbesserungen die Hände gebunden. Das Postulat verweist nämlich auf die Stellungnahme des Regierungsrates auf eine Motion des Kantonsrates (KR 9/2020). In dieser Stellungnahme des Regierungsrates wird die Albisstrasse als eine Strecke aufgeführt, bei welcher die Voraussetzungen für Tempo 30 ohne bauliche Massnahmen vorhanden sind. Es ist also davon auszugehen, dass ein entsprechender Vorstoss des Adliswiler Stadtrates beim Kanton zur Einführung einer Temporeduktion führen wird.*

*Würde der Verkehr durch Tempo 30 auf der Albisstrasse nachhaltig gestört? Ich behaupte nein! Zu den meisten Tageszeiten bewegt sich der Verkehr zwischen Bahnhofbrücke und Wachtbrücke ohnehin kaum schneller. Auch der Busverkehr wäre nicht beeinträchtigt, denn die Busse werden - abgesehen von der Linie 153 - nur kurze Strecken auf der Albisstrasse zurücklegen und dabei kaum auf mehr als 30 Stundenkilometer beschleunigen können.*

*Zu den positiven Effekten würde vor allem eine Reduktion der Lärmbelastung gehören, denn sie liegt in der Albisstrasse laut Auskunft des Regierungsrates über dem zulässigen Grenzwert. Darüber hinaus würden sich die Gefahren für Fussgänger und Velofahrer reduzieren und den Aufenthalt an der Albisstrasse - nicht zuletzt bei den beiden Cafés mit Aussenbestuhlung - angenehmer machen.*

*Man könnte darüber diskutieren, ob die Temporeduktion nur zwischen Bahnhofbrücke und Wachtbrücke oder aber von der Bahnhofbrücke bis zur Kreuzung mit der Sihltalstrasse eingeführt werden sollte. Bei letzterer Variante würde auch das neu entstehende Zentrum Süd von geringeren Lärmemissionen profitieren und damit aufgewertet werden.*

*Mit diesem Postulat wird der Stadtrat also indirekt auch aufgefordert, über Tempo 30 in der Albisstrasse nachzudenken und gegebenenfalls entsprechende Schritte einzuleiten. Allein deshalb sollte die Überweisung unterstützt werden.*

*Die SP-Fraktion möchte aber noch weitergehen. Wir appellieren an den Stadtrat, sich nicht auf kurz- bis mittelfristige Legislatur- und Richtpläne zu beschränken, sondern den grossen Wurf zu wagen und eine Vision zur Entwicklung des Verkehrs durch das Ortszentrum bis 2050 zu entwerfen. Darin sollte eine Prognose der Verkehrsentwicklung in Adliswil enthalten sein. Es sollten Massnahmen zur Lenkung und Reduktion der Verkehrsbelastung durch PKW, Lieferwagen und LKW analysiert werden. Ist es für ein attraktives Adliswil auch in Zukunft hinnehmbar, dass die Menge an Fahrzeugen, darunter auch Schwerverkehr, der durch unser Ortszentrum fliesst, im jetzigen Umfang bestehen bleibt oder – was wahrscheinlicher ist – weiter wächst? Wie soll das Ortszentrum im Jahr 2050 aussehen? Was soll es der Adliswiler Bevölkerung bieten?»*

Gabriel Mäder (GLP) verteidigte ebenfalls die Idee der Temporeduktion. Er verwies auf die Erfahrungen in der Stadt Zürich, wo es trotz massivem Ausbau der Tempo-30-Zonen bisher nicht zu einem Verkehrskollaps gekommen sei. Er vertrat die Auffassung, dass eine

Temporeduktion in der Albisstrasse eine Chance für das Gewerbe bedeute, weil man dann dort lieber flaniere und die Läden besuche. Marianne Oswald (Grüne) unterstützte ebenfalls die Förderung des Langsamverkehrs und die Temporeduktion, nachdem sie zunächst durch laute Zwischenbemerkungen der Stadträtin Susy Senn (FDP) behindert wurde. Walter Übersax griff nochmals in die Diskussion ein und betonte, dass es ihm nur um eine ansprechendere Gestaltung der Albisstrasse ging und nicht um Temporeduktion. Pascal Engel (EVP) stellte fest, dass es offensichtlich unterschiedliche Verständnisse vom Ziel des Postulats gebe. Er hielt fest, dass die FDP/EVP-Fraktion eine Temporeduktion in der Albisstrasse kritisch sehe. Bereits heute führen von den 12'000 Fahrzeuge, welche die Zürichstrasse passierten, offenbar ca. die Hälfte weiter über die Kronenstrasse. Eine Temporeduktion auf der Albisstrasse könne die Belastung der Kronenstrasse noch erhöhen. Er plädierte für einen grösseren Wurf. Gabriel Mäder erinnerte daran, dass die reale Durchschnittsgeschwindigkeit in der Albisstrasse nicht höher als 30 Stundenkilometer sein, dass eine Temporeduktion aber zu einem gleichmässigeren Fahren ohne Beschleunigung und Abbremsen führen und damit auch eine Lärmreduktion bewirken würde.

Das Postulat wurde mit 18 Stimmen der SVP, FDP und FW (ohne Bernie Corrodie) abgewiesen.